

# Sicherheitspolitik im Entspannungsprozeß

## Partnerschaft trotz Antagonismus

Von Wolf Graf v. Baudissin

Im Gegensatz zu weiten Teilen unserer Erde gab es in Europa seit über 30 Jahren keinen heißen Krieg, und es spricht wenig dafür, daß sich dies in absehbarer Zeit ändern wird.

Hält man sich die politische Wirklichkeit vor Augen, so ist dies eine erstaunliche Tatsache. Ungute Erinnerungen und manche schlechte Erfahrung aus jüngster und fernerer Vergangenheit trüben das Verhältnis der Völker Europas zueinander. In Ost und West gelten unvereinbare internationale und gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen. Weltweite wie regionale, aber auch zwischenstaatliche Interessenkonflikte – überhöht und vergrößert aus ideologischen und innenpolitischen Motiven – beherrschen die politische Szene und artikulieren sich häufig in recht unfriedlicher Weise. Modernste Rüstungspotentiale stehen sich in bedrohlicher Massierung gegenüber, von denen die einen meinen, daß sie den herrschenden Zustand stabilisieren helfen, die anderen, daß sie ihn destabilisieren.

Die langjährige Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und die Vorbereitung auf die Mitte Juni beginnende Nachfolge-Konferenz von Belgrad sind bezeichnend für den Willen der europäischen Regierungen, die Periode des Kalten Krieges und den Zustand bloßer Konfrontation endgültig zu überwinden. Vorlauf und Verlauf der Konferenzen sind aber gleichzeitig auch Hinweis darauf, daß wir noch weit von einem Zustand entfernt sind, der den Namen Entspannung mit Recht verdiente. Er wird erst dann erreicht sein,

- wenn Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung sich gegenseitig so akzeptieren, wie sie sind und wie sie sich weiter zu entwickeln wünschen;
- wenn sie im Gegenüber und seiner Ordnung ein gleichwertiges, wenn auch den eigenen Vorstellungen widersprechendes Modell sehen;
- wenn friedlicher Konfliktaustrag als selbstverständliches Verhalten gilt.

Der Frieden, der zur Zeit in Europa herrscht, läßt sich zutreffender als „Nicht-Krieg“ bezeichnen. Das ist einerseits mehr und positiver, als seine Kritiker einzuräumen bereit sind – zumal wenn man bedenkt, welch ungeheuerliche Katastrophe ein moderner Krieg für jede hochentwickelte Gesellschaft bedeutet. Es ist andererseits jedoch zu wenig, wenn man sich dabei beruhigt und darauf verläßt, daß moderne Technologie jede Androhung und Anwendung militärischer Gewalt zu einem kalkuliert untragbaren Risiko werden läßt. Das kann sich auch ändern: sowohl durch technologische Entwicklungen wie auch durch Irrationalitäten in der Politik.

Wer diesen Nicht-Krieg sicherer, dauerhafter und belastbarer, wir können auch sagen friedlicher werden lassen möchte, kann sich mit dem herrschenden Zustand nicht zufrieden geben. Er muß etwas tun, damit das bisher vorwiegend negativ motivierte Interesse am Nicht-Krieg, d. h. also die Kriegsverhütung mit primär militärischen Mitteln, durch ein positives Interesse an der Fortdauer und Weiterentwicklung friedlicherer Beziehungen gestützt, angereichert und irgendwann einmal ersetzt wird. Ich meine damit: neben die – grundsätzlich negative – Erkenntnis von der politischen und menschlichen Sinnlosigkeit des modernen Krieges muß die positive Erfahrung treten, daß vitale Probleme der Gesellschaften zunehmend nur noch gemeinsam in internationaler Arbeitsteilung angegangen werden können. Eine ernstliche Krise des anderen Systems darf nicht mehr im Sinne des 19. Jahrhunderts begrüßt, gefördert, ja ausgenutzt werden; beide Seiten müssen begreifen, daß sie in gleicher Weise auf die Leistungsfähigkeit der anderen angewiesen sind: sowohl im Blick auf den Entspannungsprozeß, dessen gesellschaftliche Risiken nur stabile Systeme zu tragen bereit sind, als auch im Interesse der eigenen Stabilität, die in hohem Maße von kontinuierlicher Kooperation mit der anderen Seite abhängt.

So ist es kein Zufall daß die Schlußakte von Helsinki – über die Prinzipien entspannungsgemäßen Verhaltens hinaus – der Zusammenarbeit auf den verschiedensten Gebieten besondere Aufmerksamkeit zuwendet. Kooperation liegt eben im handgreiflichen Interesse aller Beteiligten, obwohl ihr manches psychologische Hemmnis, mancherlei durch Systemunterschiede bedingte Schwierigkeiten und – von einer bestimmten Intensität ab – auch sicherheitspolitische Bedenken entgegenstehen.

Entspannungspolitisch betrachtet, trägt vielfältige Zusammenarbeit dazu bei, Gemeinsamkeiten wenigstens auf bestimmten Teilgebieten erkennbar zu machen bzw. wachsen zu lassen; damit wird der ideologisch vorgegebene Antagonismus, der dem hohen Grade gegenseitiger Abhängigkeit und Verflochtenheit unserer Welt immer weniger entspricht, relativiert. Die Notwendigkeit, Zwischenziele zu entwerfen, die optimal zu erreichen, im beiderseitigen Interesse liegt, zwingt zur Entwicklung von Organen, Verfahren und Regeln, welche die unvermeidbaren Schwierigkeiten der Realisierung rechtzeitig und möglichst undramatisch klären und überwinden helfen. Diese Prozesse ermöglichen es beiden Seiten, das Gegenüber besser kennenzulernen und seine Verläßlichkeit einzuschätzen. So kann sich durch Kooperation – über den materiellen Nutzen, d. h. über die Stabilität der Sub-Systeme hinaus – gegenseitiges Vertrauen und beiderseitige Transparenz entwickeln, d. h. das Gesamtsystem stabilisieren. So merkwürdig es klingt: der zur Überwindung des Unfriedens notwendige Wandel setzt ein gar nicht geringes Maß an Stabilität in den Gesellschaften und ihren Beziehungen zueinander voraus.

Sachlich wie entspannungspolitisch relevante Kooperation schafft allerdings Abhängigkeiten. Sie werden insbesondere dann als negativ empfunden, – falls der vermeintlich oder tatsächlich Überlegene als Antagonist betrachtet wird bzw. sich als solcher deklariert;

- falls seine Überlegenheit generell oder auf einem wichtigen Teilgebiet überwältigend erscheint;
- falls er im Rufe steht, eigene Überlegenheiten und entsprechende Schwächen seiner Kontrahenten machtpolitisch auszunutzen.

Diese Furcht, als Abhängiger verwundbar und dem Druck anderer Regierungen mehr oder minder wehrlos ausgesetzt zu sein, schränkt die Kooperationsbereitschaft sogar dann ein, wenn die Abhängigkeiten gegenseitig sind. Man reagiert äußerst empfindlich auf die eigenen Abhängigkeiten und übersieht dabei, daß auch der andere ganz ähnlich in seiner Bewegungsfreiheit eingeschränkt wird.

Besonders heikel werden nach aller geschichtlichen Erfahrung militärische Überlegenheiten empfunden; sie provozieren ein latentes Gefühl des Ausgeliefertseins und ständiger Gefährdung. Der militärisch Unterlegene fühlt sich in seiner Existenz bedroht und ist nicht geneigt, zusätzliche Abhängigkeiten durch Kooperation einzugehen. So scheint mir gerade in Europa ein ausgewogenes strategisches Kräfteverhältnis entspannungspolitisch von besonderer Bedeutung zu sein. Bislang fehlt auf beiden Seiten die Gewißheit, daß das andere System endgültig auf die Anwendung seiner militärischen Macht verzichtet hat; auf beiden Seiten fühlt man sich zum worst-case-thinking verpflichtet und führt eine lange Reihe von ideologischen, politischen, strategischen und zahlenmäßigen Argumenten dafür ins Feld. Es ist bezeichnend, daß es in beiden Lagern ernstzunehmende Kräfte gibt, die eine Politik der Stärke, d. h. eine deutliche militärische Überlegenheit als einzige Möglichkeit empfehlen, um die immanente Militanz und Aggressivität des anderen Systems zu zügeln. So dürfte – das wäre ein weiteres Paradox – ein stabiles Kräfteverhältnis der Militärpotentiale eine wichtige Voraussetzung dafür sein, daß sich Interdependenzen bilden können, die Krisen dämpfen und kriegerischen Konfliktaustrag dauerhaft undenkbar werden lassen. In ihrem Schutz können sich – neben den unleugbaren Gegensätzlichkeiten – vitale positive Interessen an der Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung friedlicher Beziehungen entwickeln.

Für diesen komplizierten Prozeß ist weder ungezügelter Rüstungswettkampf noch allgemeine Abrüstung ein hilfreiches Mittel. Das eine wie das andere erzeugt Bedrohtheitsgefühle und gegenseitiges Mißtrauen. Wettrüsten behindert nicht nur die Weiterentwicklung und Kooperationsfähigkeit der Gesellschaften entscheidend, es bietet für immer gigantischere Kosten abnehmende internationale Sicherheit: sowohl durch die Destabilisierung des europäischen Kräfteverhältnisses als auch durch den Rückfall in konfrontative Beziehungen.

Abrüstung sollten wir im Sinne der Charta der UNO begrifflich sauber als weltweite Abschaffung aller Militärpotentiale definieren. Sie kann keinen der bestehenden gesellschaftlichen und zwischenstaatlichen Konflikte aus der Welt schaffen; sie erzeugt – im Gegenteil – wie jeder tiefgreifende Wandel eine Kette von neuen Konflikten. Bevor man also an ihre materielle Verwirklichung, d. h. die Liquidierung der Rüstungspotentiale, denkt, sollte über die

Entwicklung glaubhafter Modelle nachgedacht werden, welche die gewaltfreie Konfliktregelung in einer weiterhin konfliktgeladenen, aber waffenlosen Welt garantieren. Ernsthafter Abbau des Militärs muß Hand in Hand gehen mit dem Aufbau von verbindlichen, also auch sanktionsfähigen Schiedsgerichtsinstanzen.

So scheint es auf absehbare Zeit darauf anzukommen, in Europa unter sich ausgewogene Kriegsverhütungspotentiale zu unterhalten, die einerseits kriegerischen Konfliktaustrag auch künftig als kalkuliert untragbares Risiko erkennen lassen, andererseits aber auf keiner Seite hemmende Bedrohtheitsgefühle erwecken. Die Kosten derartiger Potentiale ließen sich auf einem erheblich niedrigeren Niveau halten,

- wenn die beteiligten Regierungen von der im Kernwaffenzeitalter lediglich prohibitiven Funktion ihrer Streitkräfte überzeugt sind;
- wenn niemand mehr daran zweifelt, daß Sicherheit nur noch gemeinsam zu haben ist, d. h. daß militärische Überlegenheit und politische Undurchsichtigkeit nicht nur die andere Seite verunsichert, sondern damit auch die eigene Sicherheit mindert;
- wenn die Strategie der Rüstungssteuerung von keiner Seite mehr konfrontativ oder kompetitiv, sondern kooperativ angewendet wird.

Auch hier geht es in erster Linie um Bildung von Vertrauen in die Rationalität, Vertragstreue und Vorsehbarkeit der politischen Aktionen der anderen Seite. Es erscheint mir als vielversprechender Schritt der Entspannungspolitik, daß die Schlußakte von Helsinki die im Grunde primitive und konfrontative Forderung nach uneingeschränkter Vertrauensvorgabe aufgibt. In Korb I werden subtilere Verpflichtungen durch die Teilnehmerstaaten übernommen, zuvörderst durch das eigene Verhalten zur Vertrauensförderung beizutragen. Die sogenannten Vertrauensbildenden Maßnahmen sind dafür ausbaufähige Ansätze.

Frieden ist keine Idylle, sondern stellt harte Anforderungen an alle Menschen der beteiligten Gesellschaften – schon weil er in seiner Dynamik ein unerreichbarer Zustand ist und damit immer nur ein politisches Ziel bleibt. Zwischenstaatlicher Friede ist aufs engste mit den gesellschaftlichen Bedingungen der beteiligten Staaten verbunden. Nicht von ungefähr neigen Gesellschaften,

- die mit Feindbildern solidarisiert werden;
- die von starkem Sendungsbewußtsein und Absolutheitsansprüchen getragen werden;
- in denen Gewalt eine bestimmende Rolle spielt,

zu Unfrieden gegenüber ihren Nachbarn und zu gewalttätigem Konfliktaustrag. Auch leuchtet es ein, daß bei Bedrohtheitsgefühlen die Menschenrechte verkümmern.

Erziehung zum Frieden ist Erziehung zur Konfliktfähigkeit. Sie fordert schmerzlichen Abschied von manchen bequemen Haltungen:

- vom Vorurteil, daß in aller Regel die anderen am Unfrieden schuld sind;
- von der Selbsttäuschung, daß die eigenen Interessen mit denen der Gesamtheit identisch seien und folglich eine besondere Qualität besitzen;
- von der Utopie, daß Gewaltanwendung dauerhaften Frieden schafft;
- von der Illusion, daß es ein Leben ohne Konflikte geben könne.

Wer seinen Beitrag zur Entwicklung friedlicher gesellschaftlicher wie internationaler Beziehungen leisten will, muß wohl zunächst einmal anerkennen,

- daß Konflikte konstitutive Elemente menschlichen Lebens sind;
- daß die eigene Position relativ ist und daß auch die des Kontrahenten im Zweifelsfall ihre jedenfalls subjektive Berechtigung besitzt;
- daß sich gerade tiefgreifende Konflikte weder einseitig noch ein für allemal lösen, sondern sich nur prozeßhaft in für alle Seiten wenig befriedigenden Schritten regeln lassen;
- daß – um Ghandi anzuführen – Friedenskonzepte für alle Beteiligten akzeptabel sein sollten.

Ich möchte mit der Empfehlung schließen:

- uns mehr mit den Konzepten, Erwartungen und Bedrohtheitsgefühlen des Ostens zu beschäftigen,
- ohne dabei den Wert, die Kraft, die Entwicklungsfähigkeit und die Attraktivität unserer Gesellschaftsordnung aus den Augen zu verlieren,
- und zu begreifen, daß West und Ost, wenn auch Antagonisten, so doch gleichermaßen Partner sind.

## **Wesentliche Merkmale der Ost-West-Beziehungen zwei Jahre nach Helsinki**

Von Nikolai Poljanow

Selbst die Tatsache, daß in Helsinki der Weg nach Belgrad gewählt wurde, kann als maßgebend für eine im ganzen positive Entwicklung in Europa gedeutet werden. Der bekannte Schweizer Politologe Prof. Kurt Gasteyer meint, daß sich „eigentlich niemand auf Belgrad freute“<sup>1)</sup>. Ich würde die heu-

1) Europa Archiv, 1/1977, S. 1.